

borderline-europe, Sizilien

# SCIROCCO

*Kurzinfo aus Italien*



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

### Politische und soziale Situation

Am 2. Juni, dem Tag der Republik, äußerte sich der italienische Politiker [Claudio Borghi \(Lega\)](#) zur **Integration Italiens in die Europäische Union** und forderte den Rücktritt des Staatspräsidenten: „Es ist der 2. Juni, der Tag der italienischen Republik. Heute wird die Souveränität unserer Nation geweiht. Wenn der Präsident wirklich der Meinung ist, dass die Souveränität der Europäischen Union und nicht Italien gehört, sollte er konsequenterweise zurücktreten, denn dann hätte sein Amt keinen Sinn mehr.“ Darauf reagierten verschiedene [Politiker\\*innen](#) empört, u.a. der Außenminister Antonio Tajani, der das Staatsoberhaupt, den Präsidenten Sergio Mattarella, verteidigte. Die Frage, wie weit einzelne Staaten in die Europäische Union integriert werden und dafür ihre Souveränität in Entscheidungssituation abgeben, wird nicht nur in Italien diskutiert. Besonders bei Fragen rund um Migrations- und Asylpolitik fordern Politiker\*innen verschiedener Fraktionen regelmäßig die Loslösung von europäischen Regelungen und Handeln im Interesse des „eigenen“ Nationalstaats.



Foto: Pixabay

### EU-Wahlen in Italien

Melonis postfaschistische Fratelli d'Italia gewannen die EU-Wahl in Italien mit **28,7%**, was ein erwartbares Ergebnis war, wenn man den gesamten Rechtsruck in der EU und die Politik der vergangenen Zeit betrachtet. Zu Melonis Migrationspolitik berichteten wir in den [letzten Ausgaben des Scirocco](#)

ausführlicher. Der Ausgang der Wahl stärkt auch die Machtposition in Europa und Meloni beansprucht nun eine **Spitzenposition** in der europäischen Kommission für ihre Partei. Die PD (Demokratische Partei) erreichte mit **24,11%** den zweiten Platz und **positionierten sich im Wahlkampf** gegen bilaterale Migrationsabkommen und für eine europäische Rettungsmission auf dem Mittelmeer sowie sichere Einreisemöglichkeiten und humanitäre Korridore. Die Wahlergebnisse und das Erstarken der Rechten ist nicht überraschend, besonders vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Fakenews während des Wahlkampfes im Umlauf waren: Neben [unserem Artikel](#) gibt es zudem noch eine Datenbankrecherche, die Meldungen über Migrant\*innen vor der EU-Wahl sammelte und mit dem **europäischen Faktenprüfer EFE Verify** überprüfte: Sie kamen zu dem Ergebnis, dass **ein Fünftel der Meldungen falsch** sind und Migrant\*innen kriminalisieren und Hass schüren. Dies verdeutlicht, wie durch Fehlinformationen über Migrant\*innen versucht wird, sie als eine Gefahr für die Sicherheit der europäischen Gesellschaften darzustellen.

### Kampanien: Viele Anträge auf Arbeitsvisum für Saisonarbeiter\*innen

Die italienische Regierungspräsidentin [Giorgia Meloni](#) möchte zukünftig jene Migrant\*innen bestrafen, die mit **„illegalen“ Arbeitsvisa** eingereist sind. Besonders in der Region Kampanien gäbe es organisiertes Verbrechen, indem die Grauzonen der Regelung für Saisonarbeitsvisa ausgenutzt werden. Dass Saisonarbeiter\*innen ausgebeutet werden ist keine Neuigkeit. Es ist jedoch eine falsche Einordnung, sie dafür zu bestrafen in die Hände eines Systems zu gelangen, dass der italienische Staat selbst nicht in den Griff bekommt. **Italien hat die Zahl vergebener Arbeitsvisa zunächst erhöht**, um mehr legale Wege der Einreise zu schaffen und die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken. In einem [Bericht des Ministerrats](#) wurde jedoch festgestellt, dass eine „erhebliche Diskrepanz zwischen der Zahl der Einreisen nach Italien aus beruflichen Gründen und den dann tatsächlich abgeschlossenen Arbeitsverträgen“ bestehe, was besonders in der [Region Kampanien](#) sehr auffällig war. Das führt auch dazu, dass Arbeiter\*innen auf der Suche nach ökonomischer Sicherheit in Italien leicht in Hände

der organisierten Kriminalität wie der „Camorra“ geraten. Gäbe es eine Möglichkeit legal nach Italien einzureisen (nicht gebunden an ein Arbeitsvisum) würde dieses Problem so nicht bestehen.

Ein besonders bestürzender Fall der ausbeuterischen Arbeit in Italien ist **der Tod von Satnam Singh**, der in einem landwirtschaftlichen Betrieb in Mittelitalien arbeitete. Der Eigentümer Renzo Lovato steht seit Jahren mit seinem Betrieb unter Beobachtung wegen des so genannten „caporalato“, der ausbeuterischen Anwerbung und Beschäftigung von Migrant\*innen. Für 200 Euro im Monat mussten die Arbeiter\*innen volle Tage und mehr arbeiten. Singh hatte letzte Woche einen Arbeitsunfall, durch den er einen Arm verlor. Doch statt ihn sofort in ein Krankenhaus zu bringen lud man ihn ohne Kommentar vor seiner Haustür ab, wo er verblutete. Am 22. Juni **demonstrierten über 5.000 Menschen** in Latina gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften, ohne die wir weder Gemüse noch Oliven oder Wein auf dem Tisch hätten.



Foto: From Tripoli to Rome, Refugees in Libya

### **Refugees in Libya und Front-LEX: Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

Ende Mai tagte die **Konferenz „Von Tripolis nach Rom“**, die von Refugees in Libya und der Alliance for Refugees in Libya veranstaltet wurde. Nach wie vor ist die **Suche nach legalen und sicheren Zugangswegen für Menschen, die vor Inhaftierung und unmenschlicher Behandlung aus den libyschen Haftlagern gen Europa fliehen**, ein wichtiges Anliegen. Zudem müsse „der Schmerz, den diese Menschen erleiden“, anerkannt werden, so **David Yambio**, Mitbegründer von Refugees in Libya.

Auf der Konferenz berichteten Zeug\*innen von der (Über-)Lebenssituation Geflüchteter in Libyen und traten in einen Dialog mit Vertreter\*innen der Gemeinschaft Sant'Egidio, der Föderation evangelischer Kirchen, des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) sowie den Organisationen Arci und Roma Capitale. Eine Dokumentation der Konferenz kann [hier](#) in Auszügen eingesehen werden (Text- und Audiobeiträge).

Wie die europäische Union sich gegenüber Flüchtenden aus Libyen verhält zeigt sich hier: Zwischen 2021 und 2023 hat Frontex 2.200 E-Mails mit den genauen Geolokalisierungsdaten von Fluchtbooten an libysche Behörden weitergegeben, um deren **rechtswidriges Abfangen und gewaltsame Rückführung nach Libyen** zu ermöglichen. Das geht aus [einer Klage](#) hervor, die Refugees in Libya und Front-LEX gemeinsam beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) eingereicht haben, um die **Mittäterschaft von Frontex bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit** anzuklagen. Darin fordern sie auch den Exekutivdirektor von Frontex, Hans Leijten, auf, die Luftüberwachungsaktivitäten der Agentur im „Grenzbereich“ im zentralen Mittelmeer teilweise einzustellen.

### **Tunesien: Situation im Land spitzt sich zu**

Die italienische Tageszeitung AVVENIRE hat mit einer Person gesprochen, die anonym bleiben will, da sie innerhalb des Systems des Schutzes und der Unterstützung von Migrant\*innen und Asylsuchenden in Tunis arbeitet und zugleich über die aktuelle Situation in Tunesien berichten möchte. **„Die Situation hier spitzt sich zu“**, sagt sie. Nach **Massenvertreibungen und Deportationen** von Schutzsuchenden sowie **Verhaftungen** von Oppositionellen, Rechtsanwält\*innen und Aktivist\*innen würden mittlerweile auch tunesische Staatsbürger\*innen verhaftet werden, die ihre Wohnungen an Asylsuchende vermietet haben.

Am 7. Mai verhafteten Sicherheitskräfte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden des tunesischen Flüchtlingsrats (Ctr), eines wichtigen lokalen Partners der UN-Agentur UNHCR, für die der Rat fast die gesamte Unterstützung und Erstprüfung von Asylanträgen durchführt. Die Anklage lautet „Bildung einer



kriminellen Vereinigung mit dem Ziel, die unerlaubte Einreise von Personen nach Tunesien zu erleichtern“. Am 8. Mai wurden der Direktor von Terre d'Asile und sein Vorgänger verhaftet, einer weiteren der wenigen Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Schutz von Migrant\*innen und Geflüchteten in Tunesien einsetzen. Einzig die Rückführungsprogramme der Internationalen Organisation für Migration (IOM) scheinen noch zu funktionieren – und sind laut [Angaben der IOM](#) um 200% gegenüber dem Vorjahr gestiegen – nachdem alle Hilfsprojekte von NGOs eingestellt werden. Doch Rückführungsprogramme sind keine Unterstützung für Schutzsuchende, die ihre Heimat nicht ohne Grund verlassen haben. Solche Programme dürfen allerhöchstens den Menschen dienen, die heimkehren wollen. Doch auch hier stellt sich die Frage, warum sie keinen Schutz in ihrem Fluchtland erhalten haben. Daher sind diese IOM Programme durchaus kritisch zu bewerten.

„Die Europäische Union sollte dringend ihre Kooperationsabkommen mit Tunesien überprüfen, um sicherzustellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen von Migrant\*innen und Flüchtlingen mitschuldig macht“, forderte Heba Morayef, Regionaldirektorin von Amnesty International. Das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) forderte die Freilassung willkürlich Inhaftierter in Tunesien. Auch die [Anwält\\*innen von ASGI](#), einer italienischen Anwält\*innenvereinigung, appellierten mit einer **Dringlichkeitsklage an den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen**, um auf die lebensbedrohliche Situation von Geflüchteten aufmerksam zu machen, die von der tunesischen Polizei in der [Wüste nahe der algerischen Grenze](#) ohne Wasser und Nahrung weit weg von jeder Stadt ausgesetzt wurden. Dieser Appelle zum Trotz arbeitet der italienische Staat weiterhin mit Tunesien zusammen. Tunesien gilt nach wie vor als sog. „sicheres Herkunftsland“ für Schutzsuchende. Doch könnte diese Zusammenarbeit nun Risse bekommen: am 20. Juni entschied der italienische Staatsrat, dass vorerst [keine weiteren Schiffe an Tunesien](#) gegeben werden. Mehr dazu und zum Thema Tunesien auch in unserer nächsten Central Med Info Juni!

## Situation der Geflüchteten

Geflüchtete, die einen gesetzlichen Anspruch auf eine Unterbringung hätten, müssen noch immer **im heruntergekommenen Gebäudekomplex „Silos“ in Triest campieren** (wir berichteten in den [vorherigen Ausgaben](#) dieses Newsletters), weil sie keine Schlafplätze zugewiesen bekommen. Statt das System der Aufnahme zu verbessern oder weitere Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, hat der [Bürgermeister Roberto Dipiazza Betroffene nun von der Polizei räumen und außer Stadt bringen lassen](#). Diese gewaltvolle – und perspektivlose – Maßnahme erfolgte kurz vor dem Besuch von Papst Franziskus am 7. Juli. Massive Proteste der lokalen Flüchtlingsorganisationen dauern seit Monaten an, doch der Bürgermeister erklärte, er könne sich nicht um diese Menschen kümmern, die sich dieses Platzes unerlaubt bemächtigt hätten und dort campierten.



Foto: Silvia Di Meo, jugendliche Geflüchtete

## Zu wenige Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Laut der italienischen Plattform [openpolis](#) hatte das **Sai-Aufnahmenetz für unbegleitete minderjährige Geflüchtete** im Jahr 2022 unterschiedliche Kapazitäten je nach Gemeinde. Während Mailand und Bologna mit jeweils 410 und 350 Plätzen vergleichsweise viele Personen unterbringen konnten, gab es in Catania 267 und in Palermo nur 200 Plätze. Keine andere Gemeinde erreicht die Schwelle von 200 verfügbaren Plätzen, in der Reihenfolge Genua (183), Florenz (150), Turin (148), Marsala (145), Bari (117), Padula in der Region Salerno (114 Plätze) und Cremona (113). Diese

**Aufnahmekapazitäten sind sehr gering**, wenn man bedenkt, dass 2023 und 2024 bis Ende Mai **21.261 unbegleitete minderjährige Geflüchteten** nach Italien über See ankamen.

Das **Aufnahmesystem für die Integration (Sai)** ist ein Netz lokaler Behörden, die im Rahmen „integrierter Aufnahmeprojekte“ durch den Nationalen Fonds für Asylpolitik und Asyldienstleistungen gefördert werden.

### **Queere Geflüchtete in Italien**

Im **Gespräch** mit Gabriella Friso von „**Certi diritti**“ erläutert Katya Parente die **Situation queerer Geflüchteter in Italien**, die häufig aus sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ kommen, in denen keine Kriege herrschen, sie nicht offiziell verfolgt werden und daher beschleunigten Asylverfahren unterliegen. Schutzsuchende sind sie dennoch, auch wenn das der italienische Staat anders sieht und sie von den Kommissionen ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden können, weil ihr Herkunftsstaat eben als „sicher“ gilt. In vielen der sog. „sicheren Drittstaaten“ werden queere Menschen durch Gesetze kriminalisiert, verfolgt und inhaftiert oder erfahren auf Grund von religiösen oder kulturellen Normen Gewalt. Auch nach der Ankunft in der EU haben viele Angst, über ihre Sexualität zu sprechen, weil sie die Scham oder die **Angst vor Verfolgung oder Verurteilung** durch ihre Familien nicht ablegen können. Dies wird erschwert, wenn ihre Rechte hier ebenfalls nicht anerkannt werden. Auch in Aufnahmeeinrichtungen droht ihnen Gewalt durch Beamte\*innen oder andere Geflüchtete. Umso wichtiger ist es, „sich dieser Situationen bewusst zu sein und sich **mit allen demokratischen Mitteln gegen die Einschränkung des Asylrechts zu wehren**, deren Opfer auch LGBTQIA+ Personen sind“, so **Friso** und weiter, „diese Regierung setzt jede bürgerliche Freiheit ernsthaft aufs Spiel: man denke nur an die Rechte von Frauen, von Gefangenen, für die sogar „passiver Widerstand“ zu einem Verbrechen geworden ist, von Minderjährigen, von Kindern gleichgeschlechtlicher Paare ... um nur einige Beispiele zu nennen“.

### **borderline-europe: Die Gefahren der Künstlichen Intelligenz an den Grenzen**

Die EU will vermehrt Künstliche Intelligenz zur „Sicherung der Außengrenzen“ nutzen. Obwohl diese neue Art der Grenzsicherung noch in der Entstehungsphase ist, steht fest: die negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte von Migrant\*innen sind verheerend. Um das Thema in den Diskurs von Migration und Menschenrechten einzuordnen, hat unser Italien-Büro eine Recherche von **ZDF Magazin Royal** und Algorithm Watch aufgegriffen und mit eigenen Recherchen verknüpft. Unser Artikel kann **hier** nachgelesen werden.

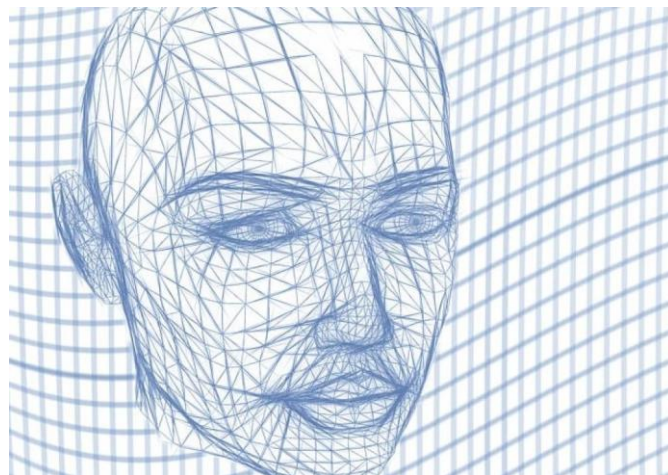


Foto: Pixabay

### **Der Wert der Worte**

Im neuen Artikel unseres Partners Arci Porco Rosso **„Der Wert der Worte“** geht es dieses Mal um das wichtige Recht einer korrekten Übersetzung in (Asyl-)Verfahren, aber auch um das Recht, dafür angemessen bezahlt zu werden. Ausgebildete Dolmetscher\*innen lehnen immer häufiger die Aufträge von Gerichten ab, weil sie nicht ordentlich bezahlt werden. Das führt oft zu Einsätzen von unterbezahlten und nicht ausgebildeten Dolmetscher\*innen, die meist auch nicht in die Muttersprache des/der Betroffenen übersetzen können. Nun wurde das italienische Verfassungsgericht von einem Richter in Florenz ersucht, die wirtschaftliche Situation von Sprachdolmetscher\*innen in Italien zu prüfen. Das Ersuchen ist sowohl neu als auch wichtig, da es sich

nicht auf die Verletzung der wirtschaftlichen Rechte der Übersetzer\*innen selbst konzentriert, sondern auf die Verletzung der Rechte auf eine gleiche und angemessene Verteidigung der Personen, deren Worte vor Gericht übersetzt werden.

**Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).**



Zum Hören [hier](#) unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

---

[borderline-europe](#)  
**Menschenrechte ohne Grenzen e.V.**  
<https://www.borderline-europe.de/>  
[italia@borderline-europe.de](mailto:italia@borderline-europe.de)

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash